

**Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich**

vom 8. Juni 2011

648. Interpellation von Mauro Tuena und Roland Scheck betreffend Demonstrationsumzug am Abstimmungssonntag vom 28. November 2010, Strategie und Vorgehen der Stadtpolizei. Am 1. Dezember 2010 reichten die Gemeinderäte Mauro Tuena und Roland Scheck (beide SVP) folgende Interpellation, GR Nr. 2010/505, ein:

Am Sonntag, 28. November 2010 fand in Zürich spätabends eine nichtbewilligte, jedoch lange vorher grossräumig angekündigte Demonstration statt. Während über zwei Stunden randalierten meist vermummte Chaoten ungehindert und richteten einen immensen Sachschaden an privatem und öffentlichem Eigentum an. Bereits anlässlich der Bildung des Demonstrationsumzuges auf dem Helvetiaplatz war klar, dass innerhalb des Zuges ein enormes Gewaltpotential vorhanden war. Erfahrungen aus der Vergangenheit liessen diesen Schluss klar zu. Aufgerufen zu dieser Demonstration wurde unter anderem auch vom berüchtigten schwarzen Block.

In diesem Zusammenhang bitten die Interpellanten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern hatte der Stadtrat Kenntnis davon, dass nach dem Bekanntwerden des Resultats der eidgenössischen Volksabstimmung zur SVP-Ausschaffungsinitiative in Zürich eine illegale Demonstration stattfinden sollte?
2. Das Gesetz verbietet die Durchführung von Demonstrationen an Sonntagen, Ausnahmen dürfen keine bewilligt werden. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass sich der illegale Demonstrationsumzug ungehindert in Bewegung setzen konnte?
3. Welchen Auftrag erteilten der Stadtrat und/oder der Polizeivorsteher im Vorfeld dieses Sonntags bezüglich des Vorgehens anlässlich einer allfällig stattfindenden illegalen Demonstration?
4. Wie hoch (in Franken) sind die entstandenen Kosten der Sachbeschädigungen, verursacht durch Demonstranten, an privatem sowie an öffentlichem Eigentum?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass lediglich eine Person verhaftet und keine weiteren Personalien von Personen aufgenommen wurden, obwohl sich sämtliche Teilnehmende wegen der Beteiligung an einer illegalen Demonstration und viele Teilnehmende wegen des Vermummungsverbots sowie etliche wegen Sachbeschädigung strafbar machten?
6. Wer wies die Stadtpolizei an diesem ominösen Sonntag an, den Demonstrationsumzug über zwei Stunden ungeniert weiterziehen zu lassen, obwohl während der Demonstration aus ihrer Mitte massive Sachbeschädigungen ausgeübt wurden?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die enorme Zurückhaltung der Stadtpolizei, obwohl seitens des Demonstrationsumzuges rigoros randaliert wurde?
8. War der Polizeivorsteher in der Hauptwache Urania anwesend? Inwiefern stand die Einsatzleitung der Stadtpolizei mit dem Polizeivorsteher während der Demonstration in Kontakt?
9. Wurde die Kantonspolizei an diesem Sonntag um Hilfe zur Unterstützung gebeten? Wenn nicht, warum nicht?
10. Wie beurteilt der Stadtrat generell die Situation, dass in Zürich vermehrt illegale, meist gewalttätige Demonstrationen stattfinden?
11. Welchen Auftrag im Bezug auf illegale Demonstrationen hat die Stadtpolizei generell vom Stadtrat?
12. Wie gedenkt der Stadtrat in Zukunft, insbesondere am 1. Mai 2011, dafür zu sorgen, dass anlässlich von Demonstrationen keine Sachbeschädigungen mehr vorgenommen werden?

Auf Antrag des Vorstehers des Polizeidepartements beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Einleitung:

Bereits einige Zeit vor der Abstimmung wurde auf einschlägigen Webseiten zu einer unbewil-

lichten Demonstration am Abend des 28. November 2010 aufgerufen, für den Fall, dass die so genannte «Ausschaffungsinitiative» angenommen werden sollte. Bereits ein Jahr davor, als am 29. November 2009 die so genannte «Minarettinitiative» gutgeheissen worden war, war es in der Stadt Zürich zu einer unbewilligten Kundgebung gekommen, an der rund 400 Personen teilgenommen hatten. Sie hatten sich damals auf dem Helvetiaplatz besammelt und waren in die Innenstadt und zurück marschiert, wobei es kaum zu Sachbeschädigungen gekommen war. Die Polizei ging davon aus, dass sich die Lage am 28. November 2010 ähnlich präsentieren würde. Diesmal besammelten sich rund 1000 Personen auf dem Helvetiaplatz, und ähnlich wie im Vorjahr schien die Stimmung zunächst nicht aggressiv, sodass Besammlung und Abmarsch toleriert wurden. In einer ersten Phase verlief die Demonstration erwartungsgemäss friedlich. Später kam es aber in der Innenstadt bedauerlicherweise zu grossen Sachschäden. Der Demonstrationsumzug wurde vom so genannten «Revolutionären Aufbau» angeführt, dem sich aber eine grössere Anzahl gemässigter Demonstrantinnen und Demonstranten angeschlossen hatte, was das Eingreifen der Polizei erschwerte. Der Stadtrat bedauert die entstandenen Sachschäden sehr und verurteilt die Gewaltakte aufs Schärfste. Zugleich appelliert er an alle gemässigten Teilnehmenden, sich keinen solchen unbewilligten Kundgebungen anzuschliessen.

Zu den Fragen 1 bis 3: Im Internet wurde erstmals am 5. November 2010 auf die Demonstration hingewiesen. Am 26. November 2010 mobilisierten weitere Gruppierungen zu einer Teilnahme. Die Stadtpolizei beurteilte die Situation wie erwähnt so, dass mit einer ähnlichen Lage zu rechnen sein würde, wie nach der Annahme der «Minarettinitiative» am 29. November 2009. Damals war es mit Ausnahme einer einzigen Sachbeschädigung an der Nüscherstrasse (Sekretariat SVP) zu keinen Zwischenfällen gekommen. Das Polizeiaufgebot wurde entsprechend disponiert und der Vorsteher des Polizeidepartements orientiert. Aufgrund der erwähnten Erfahrungen der Stadtpolizei aus dem Jahr 2009 sah er keinen Anlass, am Polizeiaufgebot etwas zu verändern. Ein Rahmenauftrag durch ihn oder durch den Stadtrat wie bei grossen Demonstrationen (z. B. am 1. Mai) wäre nicht angemessen gewesen.

Zu Frage 4: Der Stadtpolizei wurden Sachschäden an 30 Objekten, hauptsächlich in den Bereichen Bahnhofplatz, Limmatquai und Bellevue, gemeldet. Die Schadenssumme beläuft sich auf rund Fr. 320 000.– (eingeschlagene Scheiben, beschädigte Personenwagen, versprayed/verschmierte Fassaden, gelegte Brände).

Zu den Fragen 5 bis 7: Aufgrund der grossen Teilnehmerzahl und der zunächst friedlichen Stimmung entschied die Einsatzleitung der Stadtpolizei, die Kundgebung und den Demonstrationsumzug zu tolerieren und die Demonstration lediglich zu begleiten. Eine Einkesselung mit Personenkontrollen hätte ein ungleich grösseres Polizeiaufgebot erforderlich gemacht, und ein gewaltsames Stoppen des Umzugs erschien angesichts der zahlreichen mitmarschierenden gemässigten Teilnehmenden nicht angebracht. Bis zur Löwenstrasse erfolgten denn auch keine nennenswerten Sachbeschädigungen, und die Polizei konzentrierte sich darauf, den Umzug nicht in die Bahnhofstrasse einbiegen zu lassen, die zu diesem Zeitpunkt wegen des vorangegangenen Sonntagsverkaufs sowie wegen dem Samichlaus-Umzug und der neuen Weihnachtsbeleuchtung noch stark frequentiert war. Ab dem Central umfasste der Umzug noch immer rund 700 Personen. Nachdem massive Sachbeschädigungen verübt worden waren und der Demonstrationsumzug vom Bellevue herkommend erneut auf dem Limmatquai in Richtung Rathaus marschierte, löste die Polizei den Umzug mit Wasserwerfern, Gummischrot und Reizstoff gewaltsam auf. Im Schutz der Menge war es den militanten Demonstrierenden leider möglich gewesen, grosse Sachbeschädigungen zu verüben. Ein Herausgreifen einzelner Täterinnen und Täter war angesichts der Situation und der Vermischung von friedlichen und militanten Teilnehmenden nicht möglich.

Zu Frage 8: Der Vorsteher des Polizeidepartements stand in Kontakt mit der Stadtpolizei. Er hielt sich zeitweise im Amtshaus I auf.

Zu Frage 9: Da das Aufgebot der Stadtpolizei im Vorfeld als ausreichend eingestuft worden

war, wurde kein Unterstützungsbegehren an die Kantonspolizei gerichtet. Nachdem die Demonstration entgegen den Erwartungen ausartete, war ein sofortiger Beizug der Kantonspolizei nicht möglich, weil sie nicht über ein Extraaufgebot verfügte. Die Grösse eines Polizeiaufgebots wird stets aufgrund der Lagebeurteilung festgelegt. Die beschränkten Ressourcen machen es unmöglich, sicherheitshalber stets ein Grossaufgebot zu erlassen.

Zu den Fragen 10 bis 12: Der Stadtrat bedauert den gewaltsamen Ausgang der Demonstration sehr und wird prüfen, künftig vergleichbare unbewilligte Kundgebungen nicht mehr tolerieren zu lassen. Dabei ist neben den Eskalationsrisiken im Fall einer gewaltsamen Auflösung und einer möglichen Gefährdung von friedlichen Teilnehmenden aber auch zu bedenken, dass dies einen sehr grossen Mitteleinsatz erfordert und grosse Teile der polizeilichen Ressourcen bindet. Eine schnellere Alarmierung von Polizistinnen und Polizisten bedingt eine entsprechende, verbesserte technische Ausstattung aller Mitarbeitenden. Ein umsetzungsreifes Alarmierungskonzept der Stadtpolizei für das Aufgebot der Mitarbeitenden aus der Freizeit liegt seit längerer Zeit vor, kann aber wegen der eingeschränkten finanziellen Mittel im Budget 2011 nicht realisiert werden.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy